



HESSISCHER LANDTAG

10. 03. 2026

Plenum

Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,**Fraktion der SPD**

Die hessische Sicherheitsarchitektur ist Beleg für eine passgenaue und zielgerichtete Sicherheitspolitik

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag zeigt sich erfreut darüber, dass Hessen seit Jahren einen festen Platz unter den sichersten Ländern Deutschlands eingenommen hat. Die PKS 2025 ist ein Beleg dafür, dass Hessen weiterhin zu den sichersten Ländern gehört. Ein Rückgang der Fallzahlen von 388.226 Straftaten im Jahr 2024 auf 376.981 Straftaten zeigt, dass die Sicherheitsstrategie Hessens aufgeht. Im Jahr 2025 ist außerdem die Gesamtzahl der Tatverdächtigen in Hessen um 5,8 Prozent auf 160.628 Personen gesunken. Die Zahl der Straftaten ist damit schon im zweiten Jahr hintereinander deutlich zurückgegangen. 2024 war bereits ein Rückgang um 2,3 Prozent festzustellen. Auch im längerfristigen Vergleich zeigt sich ein ganz erheblicher Rückgang: 2005 verzeichnete Hessen noch ein Straftatenaufkommen von 441.830 Fällen und 2015 wurde ein Fallaufkommen von 403.188 registriert. Im Vergleich zu 2005 sind die Straftaten damit um fast 15 Prozent und im Vergleich zu 2015 um über sechs Prozent gesunken. Hessen ist damit insgesamt in den letzten Jahren deutlich sicherer geworden.
2. Der Landtag erkennt den anhaltenden Erfolg der Innenstadtoffensive an. Seit Beginn der Innenstadtoffensive ist unter anderem in Wiesbaden und Kassel ein Rückgang der Fallzahlen um über zehn Prozent zu verzeichnen. Im Rahmen der Innenstadtoffensive wurden bis Ende des Jahres 2025 rund 85.000 Personenkontrollen durchgeführt. Dabei kam es zu ca. 1.800 Festnahmen und über 750 vollstreckten Haftbefehlen. Auch die Messer- und Waffenverbotszonen haben zu einem spürbaren Rückgang der Straftaten beigetragen. In Hessen gab es im Jahr 2025 fast 19 Prozent weniger Angriffe mit Messern als noch im Vorjahr. Der Landtag begrüßt daher, dass 2025 acht weitere Städte solche Zonen eingerichtet haben.
3. Der Landtag unterstützt das konsequente Vorgehen gegen das organisierte Verbrechen. Das neue Gemeinsame Finanzermittlungszentrum trägt dazu bei, organisierte Strukturen aufzudecken und zu bekämpfen. Hessen geht mit einem Maßnahmenbündel voran. Der Landtag ist darüber hinaus erfreut, dass Hessen Geldautomatensprengungen sehr erfolgreich bekämpft. Die Arbeit der Allianz Geldautomaten hat daran einen erheblichen Anteil: Bereits 2024 sind die Zahlen der Geldautomatensprengungen im Vergleich zum Vorjahr von 61 auf 24, also um 60 Prozent zurückgegangen. Im Jahr 2025 ist ein weiterer starker Fallrückgang um 75 Prozent zu verzeichnen.
4. Der Landtag stellt fest, dass auch Sozialbetrug konsequent begegnet werden muss. Der Missbrauch von Sozialleistungen geht zulasten aller, insbesondere derer, die ehrlich auf Unterstützung angewiesen sind. Dem setzt der erste landesweite Aktionstag am 16. Dezember 2025 an dem LKA, Zoll, kommunale Gewerbe- und Ordnungsämter, Jobcenter sowie die Steuerfahndung mitgewirkt haben, entschlossenes Vorgehen des Rechtsstaats entgegen. Der Landtag begrüßt die Ankündigung weiterer Aktionsstage für 2026.

5. Der Landtag verurteilt alle Formen des Extremismus einschließlich Antisemitismus. Nach wie vor bleibt der Rechtsextremismus die größte Gefahr für unsere Demokratie, der mit 2.476 Straftaten im Jahr 2025 fast die Hälfte aller politisch motivierten Straftaten (44,4 Prozent) ausmacht. Der Landtag sieht es als Daueraufgabe, weiterhin mit aller Härte des Rechtsstaats gegen den Rechtsextremismus sowie gegen alle Formen des Extremismus vorzugehen. Dies gilt auch für den Bereich des religiösen Extremismus, der im Jahr 2025 einen Anstieg um rund 32 Prozent verzeichnet hat. Der Islamismus stellt eine ernstzunehmende und in seinem terroristischen Gewand potentiell tödliche Bedrohung dar. Der Landtag würdigt, dass alle beteiligten Stellen in Hessen im Interesse der Sicherheit Hand in Hand zusammenarbeiten. Die vernetzte Abwehr von Extremismus und Terrorismus durch die hessischen Sicherheitsbehörden kann nach Auffassung des Landtags durchweg als Erfolgsmodell bezeichnet werden. Die Entwicklungen im Linksextremismus bereiten dem Landtag Sorge. Linksmotivierte Straftaten sind im Jahr 2025 von 314 auf 876 Taten gestiegen (179 Prozent), die Gewalttaten stiegen von 19 auf 48 Fälle (152,6 Prozent). Das Gewaltpotential des Linksextremismus zeigt sich beispielsweise in Anschlägen auf Fahrzeuge der Bundeswehr oder auf die Infrastruktur. Bei den Protesten gegen die Gründung der Jugendorganisation der AfD im November 2025 in Gießen nutzten Linksextremisten die Masse der demokratischen Demonstrantinnen und Demonstranten dazu aus, um Straftaten zu begehen. Der Landtag unterstützt das konsequente Vorgehen der Landesregierung gegen alle Formen des Extremismus und begrüßt, dass die Landesregierung eine landesweite Fachstelle gegen Linksextremismus eingerichtet hat und dem starken Anstieg des Linksextremismus mit konsequenten Maßnahmen begegnet.
6. Der Schutz jüdischen Lebens in Hessen hat für den Landtag höchste Priorität. Der Landtag ist über die erneute Zunahme antisemitischer Straftaten bestürzt. In unserer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft hat Antisemitismus keinen Platz. Der Landtag erkennt an, dass Hessen mit der Modernisierung des Polizeirechts einen weiteren Baustein für eine Verbesserung der Sicherheit jüdischen Lebens geschaffen hat. Durch die Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten von Videoschutztechnik können in Hessen besonders gefährdete Religionsstätten wie Synagogen nun noch besser geschützt werden.
7. Die nach wie vor hohe Bedrohung der Sicherheit in Europa anlässlich des Kriegs in der Ukraine stimmt den Landtag weiterhin besorgt. Neben dem Szenario eines Spannungs- oder Verteidigungsfalls sehen wir bereits hybride Bedrohungen wie Cyberangriffe, Sabotageakte oder Desinformationskampagnen. Zuletzt wurden zudem vermehrt Drohnenüberflüge über Einrichtungen wie Flughäfen festgestellt. Der Landtag begrüßt den Kurs der Landesregierung, die Ausstattung der Sicherheitsbehörden zu verbessern, um auf die neuen Gefahren zu reagieren. Bei der Abwehr und Detektion von Drohnen ist die Polizei in Hessen bereits gut aufgestellt. Der Landtag fördert das Vorhaben der Landesregierung, die Kompetenzen in den kommenden Jahren weiter auszubauen und dafür rund zehn Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.
8. Der Landtag zeigt sich angesichts der erneuten Zunahme der häuslichen Gewalt um 11,0 Prozent betroffen. 80,3 Prozent der Opfer sind Frauen, 80 Prozent der Täter sind Männer. Frauen und Mädchen müssen daher besser vor Gewalt geschützt werden. Der Hessische Landtag erkennt an, dass Hessen mit der Novellierung des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung den Einsatz der Fußfessel erheblich erweitert und damit zum Schutz der Opfer beigetragen hat. Die Fußfessel nach dem sogenannten „spanischen Modell“ ist ein wirkungsvolles Instrument zur Prävention, das dem Schutz einzelner Personen sowie der Bevölkerung insgesamt dient. Die zentrale Bearbeitung von Ermittlungsverfahren der häuslichen Gewalt bei der Kriminalpolizei wird die Sicherheitsstrategie in Hessen gegen häusliche Gewalt („Frauensicherheitspaket“) vervollständigen. Drohende Gewalt muss jedoch auch schon durch Prävention verhindert werden. Neben den Maßnahmen zur Strafverfolgung von Gewalt gegen Frauen bildet diese eine weitere wesentliche Säule des Frauensicherheitspakets in Hessen.
9. Der Landtag erkennt an, dass Hessen bei der Rückführung von Straftätern und Gefährdern in den letzten Jahren konsequent vorgegangen ist. Im Jahr 2025 wurden 624 Personen mit Sicherheitsbezug abgeschoben sowie 113 freiwillige Ausreisen durchgeführt. Die Quote bei Rückführungen ist insgesamt signifikant angestiegen. Im Jahr 2025 waren 59 Prozent der Abschiebungen erfolgreich. Im Jahr 2023 lag die Quote der gescheiterten Abschiebungen noch bei 52 Prozent; im Jahr 2024 lag sie bei 46 Prozent. Der Landtag stellt fest, dass die Anzahl tatverdächtiger Zuwanderer um rund 30 Prozent zurückgegangen ist.

10. Der Landtag würdigt die Arbeit der Einsatzkräfte, die durch ihr professionelles und besonnenes Vorgehen ganz maßgeblich zur Sicherheit in Hessen beitragen. Ein Leben in Freiheit und Sicherheit wäre ohne die engagierten Frauen und Männer der „Blaulichtfamilie“ nicht möglich. Der Landtag verurteilt Gewalt gegen diejenigen, die für die Sicherheit in Hessen arbeiten und Menschen in Not helfen, auf das Schärfste. Mit Sorge nimmt der Landtag wahr, dass die Anzahl der Straftaten gegen Einsatzkräfte um über sechs Prozent gestiegen ist. Er begrüßt die Maßnahmen des Landes für mehr Anerkennung der Einsatzkräfte, wie die Erhöhung der Polizeizulage zum 1. Januar 2025 und die Fortsetzung des Respektpakets im Jahr 2025. Sorge bereitet dem Landtag der Anstieg von Straftaten zum Nachteil von Amts- und Mandatsträgern um fast 108 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Damit erreichen die Straftaten zum Nachteil von Amts- und Mandatsträgern einen Höchststand seit der Implementierung des Angriffszielkataloges im Jahr 2019. Der Landtag erkennt an, dass neben der konsequenten Strafverfolgung in Hessen insbesondere die Kommunikation mit den Betroffenen zu polizeilichen Maßnahmen von entscheidender Bedeutung ist.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 10. März 2026

Für die Fraktion

der CDU

Die Fraktionsvorsitzende:

Ines Claus

Für die Fraktion

der SPD

Der Fraktionsvorsitzende:

Tobias Eckert